

# Hinter der bürgerlichen Fassade

NPD-Chef Voigt lässt die Maske fallen und redet den Holocaust klein

Von Sabine Hamacher

Der SPD-Politiker Sebastian Edathy hat wegen Bagatellisierung des Holocaust Strafanzeige gegen NPD-Chef Udo Voigt gestellt. Voigt hatte in einem Gespräch mit iranischen Journalisten, das die ARD am Montag in ihrem Politmagazin „Report Mainz“ ausstrahlte, zur Zahl der im Holocaust ermordeten Juden gesagt: „Sechs Millionen kann nicht stimmen. Es können maximal 340 000 in Auschwitz umgekommen sein.“ Voigt fügte hinzu, es sei natürlich ein Unterschied, „ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340 000. Und dann ist auch irgendwann die Einmaligkeit dieses großen Verbrechens – oder angeblich großen Verbrechens weg.“

Edathy, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, sagte der Frankfurter Rundschau am Dienstag, Voigts Äußerungen seien „ein zusätzlicher Beleg, dass die pseudobürgerliche Fassade der NPD“ sehr dünn sei. „Das ist ei-

ne zutiefst antidemokratische Partei.“ Voigt habe den Holocaust qualitativ und quantitativ relativiert. Damit sei der Straftatbestand der Volksverhetzung nach Paragraf 130 Strafgesetzbuch erfüllt, weil das Merkmal der Öffentlichkeit gegeben sei. „Wer mit Journalisten spricht, kann davon ausgehen, dass das auch Verwertung findet“, sagte Edathy. Das müsse nun aber die Staatsanwaltschaft prüfen.

In der Diskussion über ein neues NPD-Verbotsverfahren sieht Edathy Voigts Worte als „weiteren Baustein“, um der Partei eine über die Verfassungsfeindlichkeit hinausgehende Verfassungswidrigkeit nachzuweisen. Der CDU-Politiker Hans-Peter Uhl hält das für den falschen Weg. Voigt sei ein Paradebeispiel dafür, dass „diesem scheußlichen Gedankengut in seinem dumpfen Schädel“ nicht mit einem Verbotsverfahren beizukommen sei. Selbst wenn die NPD verboten würde, wäre das Problem nicht gelöst, sagte Uhl der FR.

„Wir müssen den Kampf mit den braunen Köpfen aufnehmen, das geht nicht mit Paragrafen.“ Die Gesellschaft müsse „Typen wie Voigt“ ächten.

Auch die Grünen-Politikerin Monika Lazar warnte davor, bei jeder Gelegenheit die Forderung nach einem NPD-Verbot auf den Tisch zu bringen. „Das ist Aktionismus und bringt nichts“, sagte die Sprecherin für Strategien gegen den Rechtsextremismus der FR. Voigts Äußerungen nannte Lazar „widerlich und unangenehm, aber nicht neu“. Der positive Aspekt: „Die Leute werden aufgeschreckt und merken: Das ist nicht der nette Nachbar von nebenan.“

Sollte Voigt, seit 1996 Vorsitzender der NPD, für schuldig befunden werden, wäre das für ihn nichts Neues. 2005 wurde er wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Wegen Verfahrensfehlern legte er erfolgreich Revision ein; das Verfahren wurde eingestellt.